Die Falle der erneuerbaren Energien

geschrieben von Andreas Demmig | 5. Februar 2026

Net Zero Watch, Andrew Montford, 13. Dez. 2025

Die zentrale wirtschaftliche Herausforderung für Großbritannien ist der Bedarf an günstiger Energie. Ohne sie gibt es keinen Weg zu höherem Wachstum, geringerer Verschuldung, Produktivitätssteigerungen oder steigendem Lebensstandard. Hohe Energiekosten sind derzeit der entscheidende Hemmschuh für die britische Wirtschaft.

Das Ausmaß der Herausforderung wird deutlich, sobald man die Kosten des Stromnetzes betrachtet, die sich mittlerweile auf rund 80 Milliarden Pfund pro Jahr belaufen. Das ist eine enorme Summe. Vor zwanzig Jahren lag der entsprechende Betrag (in heutiger Kaufkraft) bei kaum mehr als der Hälfte. Der Vergleich fällt noch weniger schmeichelhaft aus, wenn man bedenkt, dass wir deutlich weniger Strom verbrauchen als in den 2000er-Jahren. Wir zahlen mehr für weniger Leistung.

> Es überrascht nicht, dass wir zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen in der entwickelten Welt gehören. Und die Lage wird sich noch verschärfen. Der Plan „Saubere Energie 2030“ wird die Kosten des Stromnetzes um mindestens 20 Milliarden Pfund erhöhen.
>
> Die schmerzliche Wahrheit ist, dass wir, um die Preise zu senken, wahrscheinlich die Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien stilllegen müssen – dies ist schlichtweg unvermeidbar, wenn wir einen wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindern wollen.

Warum das so sein sollte, ist allerdings nicht offensichtlich. Warum sollte man all diese Anlagen für erneuerbare Energien, die gerade erst errichtet wurden, wieder abschalten? Am einfachsten lässt sich das Problem verstehen, wenn man das Stromnetz unter dem Gesichtspunkt der Bau- und Betriebskosten (Investitions- und Betriebskosten) betrachtet, anstatt zu analysieren, wie diese Kosten gedeckt werden (Marktpreise, Subventionen usw.).

Der Anstieg der Einzelhandelspreise ist nicht auf die Brennstoffkosten zurückzuführen. Von den aktuellen Kosten in Höhe von 80 Milliarden Pfund entfallen lediglich 5 Milliarden Pfund auf Brennstoffe. Im Jahr 2003, vor dem Durchbruch der erneuerbaren Energien, beliefen sich die Kosten auf lediglich 12 Milliarden Pfund. Selbst im Jahr 2022, als die Gaspreise extrem hoch waren, gaben wir nur 22 Milliarden Pfund aus.

Ein Teil des Gesamtkostenanstiegs ist auf höhere Importe zurückzuführen. Berücksichtigt man diesen Faktor jedoch, wird deutlich, dass der Großteil durch die Fixkosten des Stromnetzes bedingt ist: Bau, Finanzierung und Instandhaltung der Anlagen zur Stromerzeugung, -übertragung und -verteilung sowie die Ausgaben der

Stromversorgungsunternehmen. Die jährlichen Kosten für diesen Teil des Stromnetzes sind heute um sage und schreibe 45 Milliarden Pfund höher als noch vor gut zwei Jahrzehnten. Aus diesem Grund befinden sich die Strompreise derzeit in einer Krisensituation.

> Warum sind die Fixkosten so stark gestiegen? Die Antwort lautet natürlich: erneuerbare Energien. Zwar wird häufig – und zu Recht – darauf hingewiesen, dass Wind und Sonne, wie alle natürlichen Ressourcen, kostenlos sind, doch bedeutet dies lediglich, dass keine Brennstoffkosten anfallen. Es sagt nichts über die Kosten für die Gewinnung dieser dezentralen Energiequellen aus, die oft in unwirtlichen Umgebungen – wie der Nordsee oder auf nordischen Hügelkuppen – oder weit entfernt von den Verbrauchszentren liegen, oder beides. Vor diesem Hintergrund ist es unvermeidlich, dass die Investitions- und Betriebskosten für erneuerbare Energien und das Stromnetz, das für die Markteinführung ihrer Energie benötigt wird, sehr hoch sein werden.

Diese Analyse hilft uns auch, die vielgepriesenen Projekte zu durchschauen, von denen ihre Befürworter behaupten, sie würden die Netzeffizienz verbessern und dadurch die Preise senken. Octopus Energy hat beispielsweise die Idee der Zonenpreisgestaltung angepriesen – also unterschiedliche Großhandelsmärkte in verschiedenen Landesteilen. Hinter der Komplexität verbirgt sich die Kernidee, dass durch eine bessere Nutzung erneuerbarer Energien die Gaskraftwerke seltener laufen und somit der Brennstoffverbrauch sinken könnte. Mit diesem Verständnis des Vorschlags wird deutlich, dass die derzeitigen Ausgaben von 5 Milliarden Pfund die maximal mögliche Einsparung darstellen. Realistischer sind 3 Milliarden Pfund, da es immer wieder Zeiten geben wird, in denen der Wind nicht weht, die Sonne nicht scheint oder beides nicht der Fall ist und die Gaskraftwerke einspringen müssen, um die Stromversorgung aufrechtzuerhalten.

Auch die Versprechen, dass der flächendeckende Einsatz von Stromspeichern Milliarden einsparen könne, erweisen sich als leere Worte. Dieses System zielt darauf ab, sogenannte Netzengpässe zu reduzieren, bei denen Windparks für das Abschalten und Gaskraftwerke für das Zuschalten zur Deckung des sonst nicht gedeckten Bedarfs bezahlt werden. Die Speicherung des problematischen Windstromüberschusses würde diese Doppelvergütung zwar beseitigen und somit Brennstoff einsparen, jedoch um den Preis enormer Fixkosten durch die Investitionen in Batterien. Die Folge wären steigende Preise.

> Das Problem ist, dass Effizienzsteigerungen niemals zu einer Senkung der Fixkosten führen können, die den Hauptgrund für die Preissteigerungen darstellen. Der Name verrät es schon: Fixkosten bleiben unverändert, selbst wenn sich die Leistung eines Windparks oder Kraftwerks – oder gar des gesamten Stromnetzes – ändert; die Investitionskosten sind versenkt, und jährliche Wartungs- und Modernisierungsarbeiten sind stets erforderlich.

Eine Möglichkeit, die Fixkosten zu senken, besteht darin, die Subventionen zu kürzen. Dadurch verschwinden die Kosten zwar nicht – schließlich handelt es sich um Fixkosten –, aber die Investoren tragen sie statt der Verbraucher. Allerdings können wir die Subventionen von einer Milliarde Pfund für Gaskraftwerke nicht einfach streichen, da diese dann schlichtweg stillgelegt würden und beim nächsten Windstillstand der Strom ausfiele. Eine Kürzung der Subventionen für erneuerbare Energien in Höhe von zwölf Milliarden Pfund würde das Stromnetz zwar grundsätzlich voll funktionsfähig halten, aber den Unmut einiger Investoren zur Folge haben.

Eine Einsparung von 12 Milliarden Pfund wäre zwar sehr willkommen, würde aber dennoch zu sehr hohen Strompreisen führen. Wenn Großbritannien ernsthaft wieder Wachstum erzielen will, ist ein Paradigmenwechsel unausweichlich. Die Politik muss sich der Tatsache stellen, dass das Problem durch erneuerbare Energien verursacht wird, die Vorstellung aufgeben, dass die Abschaffung des Klimaschutzgesetzes oder die Umstrukturierung bestehender Subventionsverträge ausreicht, um das Problem zu lösen, und stattdessen ernsthaft einen vollständigen Ausstieg aus Wind- und Solaranlagen in Erwägung ziehen.

Dadurch würden erhebliche Kosten im Stromnetz eingespart, ohne dass jemandem Nachteile entstünden. Stillgelegte Windparks verursachen keine Wartungskosten, sodass außer denjenigen, die die Arbeiten ausführen wollten, niemand Verluste erleidet. Allerdings wäre eine hohe Abschreibung unumgänglich, deren Folgen zwischen den Eigentümern und den gegenwärtigen und/oder zukünftigen Verbrauchern aufgeteilt werden müssten.

> Selbst unter normalen Umständen wäre die Stilllegung der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien ein drastischer und schwieriger Schritt, der das Vertrauen der Investoren erschüttern und mit rechtlichen Auseinandersetzungen aus allen Richtungen rechnen müsste. Da die britische Verfassung es jedoch jeder Regierung erlaubt, die Neigungen, Eitelkeiten und Illusionen ihrer Vorgänger per Gesetz zu beseitigen – „Keine Regierung darf ihre Nachfolger binden“, wie Generationen von Schülern einst wussten –, sollte es einer entschlossenen Regierung zumindest prinzipiell möglich sein.

In der Praxis dürfte dies jedoch sehr schwierig werden. Diejenigen, die den Übergang zu erneuerbaren Energien planten, schienen sich der extremen wirtschaftlichen Belastungen bewusst gewesen zu sein, dass es irgendwann zu Problemen kommen würde und dass letztendlich jemand versuchen würde, den Kurs zu ändern. Daher unternahmen sie große Anstrengungen, eine solche Korrektur zu verhindern, ungeachtet der anhaltenden menschlichen Kosten und etwaiger verfassungsrechtlicher Feinheiten.

Das Dekarbonisierungsprogramm als Ganzes ist beispielsweise durch eine Reihe bilateraler Verträge geschützt, die offenbar gezielt darauf

abzielen, die Grundprinzipien der Verfassung zu umgehen. Das jüngste Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU, die Transpazifische Handelspartnerschaft (TPP) und die bilateralen Handelsabkommen mit Japan, Australien und Neuseeland legen allesamt fest, dass beim Ziel der Klimaneutralität keine Rückschritte gemacht werden dürfen. Ein Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Abkommen könnte zur Einführung von Zöllen, einem umfassenden Handelskrieg oder Schlimmerem führen.

Der Sektor der erneuerbaren Energien verfügt über eigene Schutzmechanismen. So haben die meisten Wind- und Solaranlagenbetreiber Verträge, die Entschädigungen vorsehen, falls ihre wirtschaftlichen Interessen durch nahezu jede staatliche Maßnahme beeinträchtigt werden. Jegliche Versuche, die Fixkosten des Stromnetzes zu senken, Subventionen zu streichen oder das Netz so umzustrukturieren, dass es für erneuerbare Energien weniger attraktiv wird, würden gegen diese Klauseln verstoßen.

> Das Parlament könnte die Verträge zwar für nichtig erklären, doch der Energiecharta-Vertrag garantiert, dass ausländische Investoren im Energiesektor nicht benachteiligt werden. Solange die Regierung bei der Abschaffung von Subventionen oder der Stilllegung von Windparks unparteiisch vorgeht, gäbe es zunächst keine Probleme. Investitionsgerichte haben den Vertragstext jedoch so ausgelegt, dass er internationalen Investoren einen umfassenderen Schutz gewährt als ihren inländischen Pendants. Jede britische Regierung, die versuchen würde, die Windparks stillzulegen, sähe sich mit ziemlicher Sicherheit einer Schadensersatzklage ausländischer Eigentümer ausgesetzt.

Und eine Regierung kann diesen Weg nur dann einschlagen, wenn sie den voraussichtlich heftigen Widerstand des Oberhauses überwinden kann. Dessen Mitglieder sind von den finanziellen Nöten im Rest des Landes völlig unberührt und in ihrer Hingabe zum Klimaschutz so bedingungslos, dass sie einen erbitterten Kampf führen werden. Es ist nicht schwer, sich ein historisches Patt vorzustellen.

Jede Regierung, die es ernst meint mit der Senkung der Strompreise, sieht sich daher mit wirtschaftlichem, rechtlichem, diplomatischem, politischem und verfassungsrechtlichem Chaos konfrontiert, das sich möglicherweise über Jahre hinziehen wird. Da die Alternative ein wirtschaftlicher Zusammenbruch wäre, mag dies der Weg des geringsten Widerstands sein.

Andrew Montford

Der Autor ist der Leiter von Net Zero Watch.

https://www.netzerowatch.com/all-news/the-renewables-trap